der springende punkt

enthält T.C.A. Vertrag für das PJ

Nr. 12 **Mai '77**

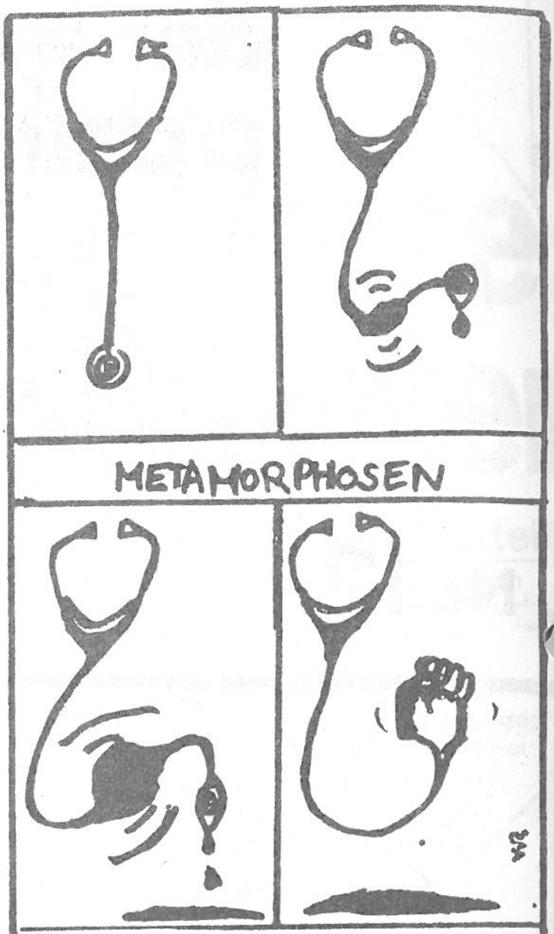


PJ – Absolvent bei "Routinetätigkeit".

DOKUMENTATION ZUM PRAKTISCHEN JAHR

Vorbemerkung

Angesichts der zentralen Bedeutung des Praktischen Jahres in unserer Ausbildung und der uns bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Durchsetzung unserer Vorstellungen zu dessen Gestaltung hat der AStA beschlossen, diesen ersten "Springenden Punkt" des Sommersemesters als "PJ-Dokumentation" herauszugeben. Hier ist zusammengetragen, was bis jetzt in Sachen PJ -- bundesweit und an der MHL -- gelaufen ist und was an wichtigen Informationen vorliegt.
Diese Dokumentation erfaßt sicherlich nicht alle Einzelheiten, sie soll jedoch dazu beitragen, daß wir zB. auf den kommenden Vollversammlungen gleich in eine effektive Diskussion einsteigen können. Auch zum Nachschlagen einiger Fakten ist sie sicherlich geeignet.
Also: nicht nach dem Durchlesen gleich wegwerfen!



PJ-Misere: Was haben die Studenten bisher dagegen getan?

Mit diesem Artikel soll kurz dargestellt werden, daß seit der Einführung der AO 1972 die Fachschaften Medizin in der BRD sich mit der Problematik des Praktischen Jahres auseinandergestzt haben.

Schon Ende '72 fand ein Gespräch zwischen Vertretern des vds-Vorstandes, der Fachschaftsvertretung Bonn und des BuMin für JGu.F statt, indem aber letzterer alle Bedenken zu beschwichtigen versucht.

Die erste Warnung vor der PJ-Misere wurde Ende 1974 gegeben, als der Beginn des PJ auf Oktober '76 verschoben wurde. Dieser Entschluß fand damals die Zustimmung der Fachtagung Medizin; allerdings mit der Auflage, daß ihre und damit unsere Forderungen bis zu diesem Zeitpunkt realisiert sein müßten.
Die Fachtagung Medizin, in der fast alle Fachschaften Medizin der BRD zusammenarbeiten, formulierte die PJ-Forderungen im Juni '74 und sie bestehen bis heute!

Anfang 1975 nahm der damalige Fachtagungs sekretär Kontakte mit der OTV auf, die unsere Forderungen unterstützt und durch mehrere Rechtsgutachten bekräftigt (besonders die Statusfrage).

Nov.'75 erarbeitete die Fachtagung Medizin einen Ausbildungs- und Tarifvertrag, der die Grundlage der Medizinstudenten und der ÖTV für die Verhandlungen mit Bundes- und Länderregierungen bilden soll.

P-J - Absolventen beim Erheben einer Krankenvorgeschichte (i.e. Anamnese)

(praktische Übung)



Wie ernst es den Medizinstudenten um die Durchsetzung ihrer PJ-Forderungen ist, wurde durch mehrere Aktionstage, Warnstreiks und PJ-Veranstaltungen untermauert.

Nachdem nun das PJ im Okt.'76 begonnen hatte, natürlich völlig unzureichend vorbereitet, wurde Anfang '77 von der Fachtagung Medizin ein bundesweiter Streik zum Praktischen Jahr empfohlen. Diese Kampfmaßnahme, die von allen Medizinstudenten getragen werden soll, wird von uns unterstützt, denn auch vor Lübeck hat die PJ-Misere nicht haltgemacht.

Auch über die Lübecker Aktivitäten sollt Ihr einen Überblick bekommen.

Seit 1975 steht das PJ fast ständig auf der Tagesordnung unserer Vollversammlungen. Die vds-Fachtagungs-Forderungen werden seitdem im wesentlichen auch vom Senat der MHL und der Unterrichtskommission unterstützt.

Öffentlichkeitswirksame Arbeit haben wir u.a. mit 2 Flugblattaktionen in der Lübecker Innenstadt (Juni und Dez.76) geleistet.

Inhaltlich wurden sie auch von der ÖTV-Lübeck und dem Personalrat der MHL unterstützt. Die Flugblätter wurden auch in der MHL auf den Stationen verteilt. Denn genauso wie wir, sind Patienten, Pflegepersonal und Ärzte von der PJ-Misere betroffen.

Eine Podiumsdiskussion im Dez.'76 brachte folgende Ergebnisse:

1. Die OTV undder ihr angeschlossene Bund gewerkschaftlicher Ärzte (BGÄ) bekräftigten ihre Unterstützung aller unsere PJ-Forderungen.
2. Entgegen den bisherigen Berechnungen wurde nach Erfahrungen der ersten PJ'ler und Bedenken von Prof. Otto die Forderung nach Eibeziehung des Klinikums Süd als Lehrkrankenhaus aufgestellt. Präsident Klinke wich damit aus, daß die Kapazitäten im Augenblick ja ausreichten (kurz nach der Veranstaltungstellte sich heraus, daß die Einbeziehung von Süd nicht diskutiert würde!!).
3. Eine Unterschriftenaktion inder MHL sollte die Kliniksangestellten über die PJ-Problematik informieren und dazu führen, daß sie unsere Forderungen unterstützen.
4. Eine 'Arbeitsgemeinschaft Praktisches Jahr' wird gebildet.

Diese PJ-AG bemühte sich auch sofort um genaue Zahlen in 'Ost' und 'Süd', um aufzeigen zu können, daß sich durch die Einbeziehung von Süd als Lehrkrankenhaus die Ausbildungsbedingungen und die Patienten- bzw. Personalbelastung verbessern.
Auszug aus PJ-Info VI :
"Die MHL hat insgesamt etwa 1050 Betten. Die maximale Studentenzahl pro Jahr, also auch im PJ, beträgt 104 (Senatsbeschluß). Und so sehen dann die Verhältnisse in den beiden Pflichtfächern aus:

Innere	Ost:210 Betten	36 PJ-ler (also pro PJ-ler 5,8 Betten)
Chir. und Orthop.	Ost:235 Betten / Ost: 40 Betten	36 PJ-ler (also pro Pj-ler 7,6 Betten

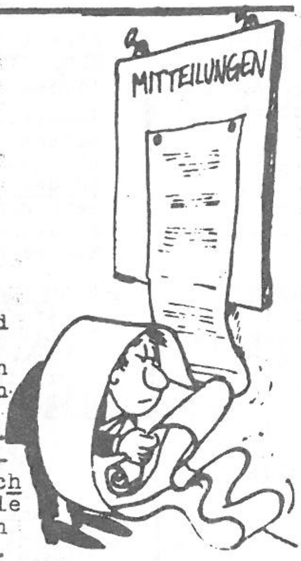
An den Unikliniken Hamburg bzw. den angeschlossenen Lehrkrankenhäusern werden als Mindestverhältnis 10 Betten pro PJ-ler angesetzt (in West-Berlin 15-17).
Wird die Klinik Süd für die PJ-Ausbildung einbezogen, so sieht das ganze gleich viel besser für uns aus:
Innere (Ost und Süd): 400 Betten
36 PJ-ler (also pro PJ-ler 11 Betten!)

Im übrigen muß man bei einem solchen Vergleich berücksichtigen, daß in Lübeck nicht nur die PJ-Ausbildung, sondern z.B. der Untersuchungskurs, Inneres Praktikum etc. stattfinden (Patientenbelastung!!!) Auch für das Stationspersonal und den Stationsarzt ist es wesentlich, ob er neben seiner Statons-, Nacht- und Wochenendarbeit die Arbeit von 4 oder 2 PJ-lern überprüfen muß!!! "

Ein Erfolg unserer bisherigen Arbeit ist, daß nicht nur Teile der Öffentlichkeit, sondern inzwischen auch die Ärztekammer Schleswig-Holstein unsere Forderungen Unterstützt!

Die PJ - Arbeitsgruppe :

Schon seit einigen Semestern wurde versucht, eine gut funktionierende PJ-Arbeitsgruppe an der MHL einzurichten. Jedoch erst im Januar dieses Jahres kam es dazu, daß sich etwa 1o Kommilitonen auf einen Beschluß der Vollversammlung hin in einer solchen Gruppe zusammentaten.



Was war der Grund für diese plötzliche Aktivität unter den Studenten?
Durch Äußerungen des Präsidenten und einiger Professoren der MHL auf einer Podiumsdiskussion im Dezember '76 waren wir mit der anstehenden Problematik konfrontiert worden: Professoren der MHL meldeten schwerste Bedenken an, 1oo PJ-Absolventen allein im Klinikum Ost auszubilden. Der Präsident jedoch beschwichtigte, daß auf jeden Fall Platz für alle da sei und im Bedarfsfall immer noch in Verhandlungen mit dem Klinikum Süd (dh. mit der Stadt) eingetreten werden könne. In einer späteren Senatssitzung allerdings wurde klipp und klar mitgeteilt, daß die Klinik Süd niemals als Lehrkrankenhaus vorgesehen war und in keinem Fall für die Ausbildung zur Verfügung stehen würde!
Die Entrüstung unter den Studenten, die stets davon ausgegangen waren, daß gerade in Lübeck ausreichende Möglichkeiten für die PJ-Ausbildung vorhanden seien - eben durch die beiden Kliniken Ost und Süd - war natürlich groß. Und so lag auch der Arbeitsschwerpunkt der PJ-AG bis zum Semesterende auf diesem Gebiet:



— Es wurde eine Unterschriftensammlung unter den Studenten,Assistenten und Professoren durchgeführt.Die Dozenten wurden in dieser Sache angesprochen,es kamen viele Diskussionen in Gang (und ein Professor sah sich sogar gedrängt, vor seinen versammelten Mitarbeitern ein feuriges Plädoyer gegen unsere Unterschriftensammlung zu halten...) Insgesamt haben 18o Studenten, 3o wissenschaftliche Assistenten und Oberärzte und 2 Professoren die Forderung nach Einbeziehung des Krankenhauses Süd in die PJ-Ausbildung und nach Abschluß von Ausbildungs- und Tarifverträgen unterschrieben!

-- Trotz witerlicher Kälte wurden Flugblätter in der Innenstadt verteilt, die von AStA, ÖTV und Personalrat der MHL unterzeichnet waren und den Passanten die Probleme unserer Ausbildung und damit auch die der zukünftigen medizinischen Versorgung verdeutlichen sollten. Auch bei dieser Aktion wurden zahlreiche Unterschriften unter unsere Forderungen gesammelt.

-- Die PJ-AG holte Informationen von offizieller Stelle über die tatsächliche Zahl der Betten in den Kliniken, der MA-Stellen und Assistenten-Stellen ein. Damit wurden Berechnungen über die Verteilung der PJ'ler der kommenden Semester angestellt und die Ergebnisse zusammen mit anderen "Neuigkeiten" in mehreren Flugblättern (PJ-Info Nr. 1bis 7) veröffentlicht. Das Praktische Jahr war tatsächlich in aller Munde!

Die Situation am Ende des Wintersemesters:
Im Senat wird am 14. 2. 77 folgender Beschluß gefaßt:
"Der Senat stellt fest, daß die MH ihre Aufgaben in Forschung, Lehre und Krankenversorgung nur erfüllen kann, wenn auch während der weiteren Aufbauphase in den nächsten Jahren die Funktionsfähigkeit und Kapazität ihrer Einrichtungen zumindest erhalten bleibt.
Die Landesregierung wird deshalb gebeten, hierfür im Rahmen des weiteren Ausbaus durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen.
Insbesondere muß die weitere Mitbenutzung von Einrichtungen der Medizinischen Klinik Süd für die MHL bis zur Inbetriebnahme entsprechender Einrichtungen im I. Bauabschnitt des Zentralklinikums der MHL sichergestellt bleiben."

Die uns bedrückenden Probleme sind doch nach wie vor ungelöst.

Arbeitsschwerpunkte der PJ-AG während der Semesterferien:

Während der vorlesungsfreien Zeit fanden zwei Wochenendseminare statt. Hauptthemen waren einerseits das Curriculum für das PJ und andererseits Überlegungen zum Streik im Sommersemester.
Die Vorschläge für Veranstaltungen, Arbeitskreise und andere Aktivitäten während der Streiktage fidet Ihr auf Seite 10.

Bezüglich der Durchführung des PJ wurden folgende Probleme besprochen: (Für Interessierte liegen die Protokol[le] in Stichpunkten der beiden Seminare be[im] AStA aus).

Bettenschlüssel:
Nach eingehender Diskussion kam man zu der Einschätzung (hier müssen natürlich weitere Erfahrungen gesammelt werden!), daß mindestens 1o Betten je PJ[ler] vorhanden sein müssen. In Anbetracht [der] doppelten Belastung der Patienten durch das PJ und den übrigen klinischen Unterricht erscheint diese Zahl fast schon zu gering. Die Forderung nach Einbeziehung der Chirurgie Süd muß jedoch schon bei Anwendung dieses Bettenschlüssels gestellt werden!

Stellenschlüssel:
1 Arzt zusätzlich für 8 PJ'ler!
Dabei muß vorausgesetzt werden, daß erstens : genügend Planstellen vorhanden und diese voll besetzt sind und zweitens für je zwei MA-Stellen bei deren Wegfall eine Vollassistenten-Stelle neu eingerichtet wird. Das Ziel der Stellenplanung muß sein, daß stets zwei Ärzte auf jeder Ausbildungsstation anwesend und zuständig sind!

Curriculum:
In Lübeck gibt es bislang, obwohl auch hier seit dem 18.1o.76 das PJ durchgeführt wird, kein Curriculum (verbindlicher Plan für die Durchführung des Unterrichts), es ist auch keines in Arbeit!

So sieht der im Vorlesungsverzeichnis abgedruckte Stundenplan für jeden Mittwoch ein buntes Sammelsurium von Vorlesungen für alle PJ-Absolventen gemeinsam vor -- egal ob diese nun gerade in der Inneren, in der Pädiatrie oder sonstwo arbeiten, müssen sie die ganze Fächerpalette über sich ergehen lassen, in der Regel, ohne einen Bezug zu ihrer jeweiligen praktischen Tätigkeit zu haben. Die Erkenntnis, daß ein solcher "Frontalunterricht", der in keiner Weise mit der Praxis abgestimmt ist, recht ineffektiv ist, hat sich schon vielerorts durchgesetzt -- nur in Lübeck noch nicht ?!

Für die anderen 4 Tage auf der Station gibt es überhaupt keine Richtlinien, nach denen die Ausbildung ablaufen soll -- es bleibt der Initiative des einzelnen und des Stationsarztes überlassen, ob und wie effektiv die Ausbildung ist. Deshalb brauchen wir das Curriculum, denn damit wird die Ausbildungsverpflichtung der Hochschule bzw. unser Recht auf Unterrichtung festgelegt.

Während der Wochenendseminare wurden deshalb die Ziele der PJ-Ausbildung kurz formuliert:

1.) Wir sollen lernen, das bisher erlernte theoretische, systematische Wissen auf den Einzelfall anzuwenden.

2.) Wir sollen lernen, unsere Rolle als Beschäftigte im Betrieb Krankenhaus zu verstehen.

zu 1.) Wir kamen zu dem Schluß, daß im großen und ganzen das Curriculum der West-Berliner Uni übernommen werden könnte. Denn es beinhaltet eine ausgewogene Zusammenstellung der einzelnen Bereiche

-- Stationsarbeit, Betreuung "eigener Patienten", Arbeit in der Ambulanz
-- Fallbesprechungen, Kolloquien, Lehrvisiten
-- begleitender Unterricht (zB. EKG-Kurs)
-- Eigenstudium

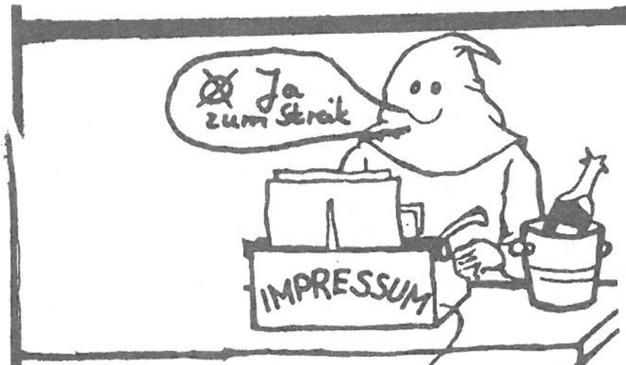
zu 2.) Um den gesamten Klinik-Betrieb zu verstehen, wäre es sinnvoll, an den Anfang des PJ Veranstaltungen zu stellen, in denen diejenigen wichtigen Dinge vermittelt werden, die bei der täglichen Stationsroutine nicht eingesehen werden können. Aus der Vielzahl möglicher Themen sollen hier nur einige genannt werden:

-- Organisation des Betriebes Krankenhaus, Arbeitsteilung und Aufgaben der einzelnen Berufsgruppen
-- Aufgaben, Zustandekommen und Rechte des Betriebsrates

PJ - Absolvent bei der "inhaltlichen" Auseinandersetzung über die Lehre im PJ. (In der Ausbildung nicht vorgesehen)



-- Krankenhausfinanzierungsgesetz
-- Krankenstand des Hauses, Liegezeiten
-- Einzugsgebiet des Krankenhauses, soziale Verhältnisse der Patienten, Industriebetriebe im Einzugsgebiet, niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser im Einzugsgebiet
-- Organisation der Stationsarbeit -- und Alternativen
--Führung durch wichtige Einrichtungen zB. Wäscherei, Küche, Magazin



ASTA der Medizinischen Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
2400 Lübeck
0451/50012472

..s dem Senatsprotokoll vom 17.2.75

..uf Vorschlag der Kommission II beschließt der Senat, das Land zu bitten, mit den Internatsstudenten Ausbildungsverträge analog den für Referendaren geltenden Bestimmungen abzuschließen, da so vor allem auch der sozialen Sicherheit der Studenten Rechnung getragen werden könne '

.. dem Senatprotokoll vom 1.11.76

..m übrigen soll das Kultusministerium erneut auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer pauschalen Haftpflichversicherung für das PJ hingewiesen werden. ......

Zum Thema Schutzkleidung schließt sich der Senat dem Verwaltungsrat an, daß den Internatsstudenten vom Klinikum unentgeltlich in jedem Fall passende Schutzkleidung zur

Kernstück unserer Forderungen: Tarif- und Ausbildungsvertrag

TARIFVERTRAG

Zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Absolventen des Praktischen Jahres nach der Approbationsordnung für Ärzte §§ 3,4, gemäß Abs.1 wird zwischen
Der Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren

Der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstands

Der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
vertreten durch den Vorstand

- einerseits -

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
vertreten durch den Bundesvorstand

- andererseits -

folgender Tarifvertrag geschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Absolventen des praktischen Jahres nach § 3 der Approbationsordnung für Ärzte vom 28. Oktober 1970 (BGBl.I.S.1458) in der praktischen Ausbildung an Universitätskliniken und an Krankenanstalten, die nicht Krankenanstalten der Hochschule sind (Akademische Lehrkrankenhäuser).

§ 2 Ausbildungszeit und Ausbildung

Die regelmäßige Ausbildungszeit beträgt 40 Stunden/Woche an 5 Wochentagen. Soweit diese regelmäßige wöchentliche Ausbildungszeit durch notwendige Hilfeleistungen überschritten wird, ist im gleichen Monat eine zeitlich entsprechende Arbeitszeitverkürzung zu gewähren. Die Teilnahme an Nacht-, Wochenend- und Bereitschaftsdiensten erfolgt auf freiwilliger Basis. Diese werden im Rahmen der 40-Stunden-Woche ausschließlich mit Freizeit, nicht aber mit finanziellen Sondervergütungen abgegolten.
Die wöchentliche Ausbildung umfaßt praktische und theoretische Ausbildung. Für die Ausbildungsinhalte gilt das Curriculum für das praktische Jahr der jeweiligen Fakultät. Das Curriculum ist Bestandteil des Tarifvertrages.

§ 3 Status

Die Absolventen des Praktischen Jahres erhalten für die Dauer des Praktischen Jahres den Status von Auszubildenden mit Anspruch auf Vertretung gemäß dem Personalvertretungsgesetz. Für die Absolventen des Praktischen Jahres wird das Streikrecht garantiert.
Die Krankenanstalten der Hochschulen und die akademischen Lehrkrankenhäuser schließen mit den Absolventen des Praktischen Jahres Ausbildungsverträge. Der Ausbildungsvertrag wird für mindestens einen Ausbildungsabschnitt (4 Monate) abgeschlossen, wobei er sich auf 8 oder 12 Monate verlängert, wenn der Absolvent des Praktischen Jahres die entsprechenden Ausbildungsplätze am Krankenhaus vorfindet. Muß der Absolvent des Praktischen Jahres während seiner Ausbildungszeit die Ausbildungsstätte wechseln, weil die entsprechenden Fächer nicht an einem Krankenhaus gelehrt werden können, so werden die Ausbildungsverträge zu Beginn des Praktischen Jahres im Voraus abgeschlossen.
Die Absolventen des Praktischen Jahres werden den Krankenhäusern der Hochschule und den akademischen Lehrkrankenhäusern von den medizinischen Fakultäten zugeteilt.
Ein Ablehnungsrecht seitens der akademischen Lehrkrankenhäuser besteht nicht, eine Probezeit wird nicht vereinbart.
Kündigung des Ausbildungsverhältnisses durch die Krankenhäuser ist nicht statthaft.
Die Krankenhäuser verpflichten sich, die Absolventen bei Verzögerung der Ausbildung (Krankheit usw.) solange im Ausbildungsvertrag zu halten, bis das Ausbildungsprogramm erfüllt ist.

§ 4 Entgeld, Urlaubs- und Versicherungsregelung

Die Absolventen des Praktischen Jahres erhlaten eine monatliche Vergütung gemäß § 10 BBiG von im Augenblick 700.- DM (jährliche Steigerung mit neuem Tarifabschluß). Das Entgelt ist am 15. eines jeden Monats für den laufenden Monat zu zahlen.
Kindergeldzuschlag wird nach den für die Angestellten des Trägers der Anstalt jeweils maßgebenden Bedingungen gewährt.
Den Absolventen des Praktischen Jahres werden die an den jeweiligen Krankenhäusern üblichen Sozialleistungen für die Auszubildenden gewährt (Essenszuschuß, kostenlose Arbeitskleidung, Fahrgeldzuschuß usw.). Liegt das Krankenhaus außerhalb des Wohnorts des Absolventen, so stellt das Krankenhaus ausreichenden Wohnraum für die Dauer des Praktischen Jahres zur Verfügung (sowohl Einzelwohnungen als auch Wohnungen für Familien), wobei die Vermietung vom Krankenhausträger zu organisieren ist.
Der Absolvent des Praktischen Jahres hat Anrecht auf einen 4-wöchigen bezahlten Jahresurlaub, der entweder anteilig oder zusammenhängend genommen werden kann.
Der jeweilige Krankenhausträger schließt für die Absolventen des Praktischen Jahres eine Haftpflicht-, Unfall- und Invalidenversicherung ab.
Den jeweiligen Krankenhäusern sind hierfür kostendeckende Landesmittel zu gewähren.

§ 5 Inkrafttreten

AUSBILDUNGSVERTRAG

§ 1 Zwischen dem ... (Krankenhausträger) und dem/der Studierenden der Medizin, ... wird folgender Ausbildungsvertrag über die Ausbildung während des Praktischen Jahres gemäß § 1,1, §§ 2, 3 und 4 der Approbationsordnung für Ärzte vom 28.Oktober 1970 und § 19 des Berufsbildungsgesetzes geschlossen.

§ 2 Inhalt

Für die Dauer der Ausbildungszeit, für Status, Entgelt und Sozialleistungen gilt der einschlägige Tarifvertrag.

§ 3 Änderungen

Hiervon abweichenden Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der Tarifpartner.

§ 4 Ausbildung

Das Ausbildungsverhältnis beginnt am ... und endet am ..., ohne daß es einer Kündigung bedarf. Vor diesem Zeitpunkt kann das Vertragsverhältnis gemäß § 15 BBiG vom Auszubildenden gekündigt werden. Das Krankenhaus verpflichtet sich, den Absolventen des Praktischen Jahres gemäß den §§ 3 und 4 der Approbationsordnung für Ärzte auszubilden.
Hierbei wird insbesondere gewährleistet
a) daß der Absolvent des Praktischen Jahres nicht zu Tätigkeiten herangezogen werden darf, die seine Ausbildung nicht fördern,
b) die Einhaltung und Ausführung der von der jeweiligen Fakultät erstellten verbindlichen Lehrpläne und Richtlinien.

Für die theoretische Ausbildung gilt das Curriculum für das Praktische Jahr der jeweiligen medizinischen Fakultät.

§ 5 Inkrafttreten

Beendet das Wettrüsten

Die Einstellung des Wettrüstens ist dringlichstes Gebot unserer Zeit. Auf allen Kontinenten drängen Millionen von Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen oder religiösen Überzeugungen, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Politiker und Wissenschaftler auf seine Beendigung. Sie fordern, mit der Abrüstung zu beginnen, damit die Menschheit ihre dringenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben bewältigen kann.

Denn das Wettrüsten schafft keine Sicherheit, sondern bedroht den Weltfrieden und gefährdet Entspannung und Verständigung.

Es verhindert soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit und Armut.

Niemand kann sich auf Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation.

Neue Möglichkeiten sind entstanden.

- Die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki und die Verträge zwischen Ost und West zeigen, daß man sich trotz unterschiedlicher politischer Positionen über wichtige Fragen einigen kann.
  Ab 15. Juni 1977 beraten in Belgrad Vertreter der 35 Signatarstaaten der KSZE in Helsinki, wie der Entspannungsprozeß jetzt gefestigt und fortgesetzt werden kann.
- Zwischen den USA und der UdSSR wurden ein Abkommen über die Verhütung eines Atomkrieges und erste Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung getroffen. Sie erklären, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zur friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zueinander geben kann.
- Die überwältigende Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen fordert, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, den Waffenexport zu stoppen und die Herstellung neuer Massenvernichtungswaffen, den militärischen Mißbrauch der Umwelt, alle Atomwaffentests und die chemischen Waffen zu verbieten. Sie fordert daß die großen Militärmächte ihren Rüstungsetat um zehn Prozent senken und die freiwerdenden Gelder für soziale Reformen und den Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt einsetzen.
- In Wien verhandeln 19 Staaten aus Ost und West über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa. Es ist vorgeschlagen, daß alle Staaten zunächst für die Dauer der Verhandlungen ihre Rüstungshaushalte nicht erhöhen.

Alle bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß Übereinkommen möglich sind, wenn keine einseitigen Vorleistungen verlangt und die Fragen in den Vordergrund gestellt werden, die im allseitigen Interesse liegen und lösbar sind.

Unser Land kann durch Entspannung und Abrüstung nur gewinnen. Es steht vor der Entscheidung:

- Entweder werden die Rüstungsausgaben eingefroren oder Inflation und Haushaltskrise verschärfen sich;
- entweder werden mit eingesparten Rüstungsgeldern neue Arbeitsplätze geschaffen, demokratische Reformen ermöglicht, mehr soziale Sicherheit gewährleistet, der Umweltschutz, das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen verbessert oder die dafür benötigten Steuergelder werden für immer mehr Rüstung und neue Waffensysteme vergeudet;
- entweder wird der Wildwuchs der Rüstung beseitigt oder wirtschaftlicher und politischer Machtzuwachs der Rüstungsindustrie und reaktionärer Generale gefährden zunehmend die Demokratie.

Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen. Die ungezügelte Fortsetzung des Wettrüstens nutzt allein den Gegnern der Entspannung. Sie nutzt allein denen, die am Wettrüsten verdienen, die deshalb Konfrontation nach innen und außen verschärfen, die alte Vorurteile schüren, mit Feindbildern des Kalten Krieges die Aufrüstung rechtfertigen und damit Frieden, Demokratie und Fortschritt aufhalten.

Wir fordern den Stopp des Wettrüstens:

- **Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte;**
- **einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa;**
- **die Rüstung entsprechend den UNO-Resolutionen zunächst um zehn Prozent zu senken, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.**

Wir appellieren an alle Bürger unseres Landes, sich tatkräftig einzusetzen für die Einstellung des Wettrüstens in Ost und West.

Wir rufen auf, dafür einzutreten, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird.

Wir rufen auf, mitzuarbeiten in Abrüstungsinitiativen und teilzunehmen an den Demonstrationen in:

Bremen, Essen, Frankfurt, München am 21. und 22. Mai 1977:

„Beendet das Wettrüsten"

Die PJ-Misere ist nur ein Symptom....

Inzwischen ist wohl jedem klargeworden, daß das Praktische Jahr, bzw all die Schwierigkeiten, die einer sinnvollen Durchführung im Wege stehen, nicht der Bockmist einiger ausgeflippter Bürokraten, sondern die Misere gesellschaftliche Ursache hat.
Dennoch ist dies schwieriger zu durchschauen als die Tasache
- daß in BaWü 1390 Hochschullehrer und Dozentenstellen, dem außer verschiedener PH's und gesellschaftswissenschaftlicher Fachbereiche auch die Vorklinik in Hohenheim zum Opfer fallen soll,
- daß in Niedersachsen 6500 Studienplätze vernichtet werden sollen
- daß in NRW 3 PH's (26000 Studenten) aufgelöst werden sollen .....usw............

Daß diese Rotstiftpolitik auch vor Lübeck keinen Halt macht, kann man sich vorstellen, aber dazu kommen wir noch. (s.u.)

Wohl ebenso bekannt ist, daß die 'Lösung' der bildungspolitischen Probleme, insbesonder des Numerus Clausus durch eine kurzfristige Überlastung der Hochschulen ('Überlastquoten') bewerkstelligt werden soll.
Das bedeutet, daß ohne zusätzliche Investitionen, ohne daß auch nur eine müde Mark mehr ausgegeben wird für den Ausbau der Hochschulen, für mehr Planstellen etc, d.h durch eine weitere Dequalifikation des Studiums die anstehenden Probleme gelöst werden sollen.
Genauso wissen wir, daß mit der Durchsetzung der im HRG verankerten Formierungsmaßnahmen auf Landes- (Landeshochschulgesetze) und Hochschulebene (Studien- und Prüfungsordnungen) eine durchgängige Formierung des Bildungswesens, d.h. Effektivierung und Rationalisierung durch materielle Einsparungen (vergl. fortlaufende Kürzungen im Bildungsbereich) z.B. durch Stellenstreichungen, Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulationetc und eine inhaltliche Einflußnahme auf die Ausbildung z.B durch die Einführung von Studien'reform'kommissionen in denen Vertreter aus Staat, Hochschule und Großkapital sitzen und staatliche Fachaufsicht erreicht werden soll.

Zur Situation in Lübeck.....

Seit einigen Semestern können wir die verstärkte Tendenz von Hochschullehrern feststellen, die Studienbedingungen durch die Einführung von selektiven Klausuren und Prüfungen zu verschärfen (siehe Lorentz, Psychiarie, Orthopädie, Urologie....) Der Leistungsdruck wird so erhöht, schlechte Kurse auf diese Weise legitiemiert und die Auseinandersetzung mit alternativen Lehrinhalten verhindert.
Damit machen sich manche Hochschullehrer -wissentlich oder nicht- zum Erfüllungsgehilfen des Großkapitals.
In dieser Situation passiert folgendes :
Die Mitglieder des Satzungsausschusses bekommen vom Präsidium einen Vorentwurf der Verfassung der Hochschule. Das ist zuerst einmal unverdächtig. (Da stehen zwar einige Sauereien drin wie Ordnungsrecht etc aber das wird man in der Diskussion verhindern können)
Die Mitglieder des Studienausschusses bekommen einen Entwurf für eine Studienordnung. Zuerst einmal gesehen auch relativ unverdächtig.
Nun wird es spannend wie ein schlechter krimi. Der Studienausschuß billigt eine Erhöhung der Ausbildungskapazität (von 103) auf 106 Studenten pro Studienjahr. Die Mehrheit der Hochschullehrer döst vor sich hin, ihnen ist das ja egal - glauben sie jedenfalls.

Plötzlich kommt heraus -so nebenbei, im Nachhinein- daß diese Zahl der ZVS gemeldet wird und für das kommende WS verbindlich ist. Gleichzeitig wird -die Mehrheit der Profs schläft immer noch- beschlossen, daß im WS 80 und im SS 26 aufgenommen werden, ein weiterer Schritt zur Einführung des Studienjahres. Kaum jemand hat gemerkt, was hier gelaufen ist. Die Zulassung an der MHL wird nun (ab WS) durch die ZVS gemacht. Das bedeutet, daß die 106 Studenten nun voll werden (Bisher im Schnitt 85), ohne daß auch nur eine zusätzliche Planstelle geschaffen oder nur eine Mark mehr investiert wird.

Was dies bedeutet wird schnell klar,wenn man sich vor Augen hält,daß der Kurssaal (hier werden die praktischen Teile des kin.Chemie- Mikrobiologie- und Pathokurses abgehalten) nur 80 Plätze hat,soolte es bei manchem dämmem.Tut's auch.
Auf die Frage,wie das geregelt wird,heißt es, es seien schließlich 5-6Monate Semesterferien im Jahr.Die 'überschüssigen'Kommilitonen müßten dann ihre kurse machen.
Und nun gewinnen die o.g.Entwürfe von Studienordnung und Verfassung der Hochschule an Bedeutung.Da steht nämlich :
(§47 Verfassung bzw§7 Studienornung)

"Die Teilnahme an Pflichtlehrveranstaltungen darf nur insoweit beschränkt werden,als
1) bei Übungen oder Praktika nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind
3) der Besuch der Lehveranstaltung den vorherigen erfolgreichen Besuch einer anderen Lehrveranstaltung oder einen besonderen Leistugsnachweis,insbesondere eine Zwischenprüfung voraussetzt......."
Wer dann an der Lehrveranstaltung teilnehmen darf,entscheidet das Los !!

Nun ist die katze aus dem Sack....

Die stille Hoffnung mancher Kommilitonen "möge dieser Kelch (die Hochschulformierung und ihre Auswirkungen) an uns vorübergehen" hat sich nicht erfüllt.Nun ist es klar :
Es handelt sich um ein längerfristig vorbereitet Konzept (Festsetzung der Kapazitäten - Verabschiedung einer,die mit der Überlastung der Hochschule entstehenden Probleme absichernden Studienornung und Verfassung.
Sollte dies gelingen,dann bedeutet das
- die Studienbedingungen werden weiter verschärft (siehe z.B. die Absicherung der Möglichkeit,Eingangsprüfungen für Kurse durchzuführen)
- das Studium wird weiter dequalifiziert. Dies wird besonders deutlich,wenn man sich klarmacht was eine faktische Erhöhung der Studentenzahlen um 20% ohne Schaffung weiterer Planstellen und Sachmittel für die Durchführung oder gar Erweiterung des Kleingruppenunterrichts bedeutet.Dieser wird nämlich in der Konsequenz völlig abgeschafft !!!!

An dieser Stelle sei klar und deutlich gesagt:
Wir sind nicht der Meinung,daß weniger Studenten ausgebildet werden sollen - im Gegenteil !
Wir sind aber der Meinung,daß dies nicht durch eine Verschärfung der Studienbedingungen und auf Kosten der Qualität der Ausbildung gemacht werden darf,sondern durch den sofortigen und zügigen Ausbau der Hochschulen,Erhöhung der Planstellen etc !!
D.h. wir verteigen nicht das Bildungsprivileg,sondern wir kämpfen für seine Abschaffung !
Nicht anders verhält es sich mit dem PJ. Genau wie in anderen Bereichen ist Ursache der Misere die staatliche Rotstiftpolitik. So werden nicht genügend Ausbildungsplätze geschaffen,so werden wir nicht materiell und sozial abgesichert,weil angeblich 'kein Geld da ist' !!!!!

Die Ursache der Misere

Wenn wir uns die Verteilung der öffentlichen Haushalte ansehen,ist festzustellen,daß auf der einen Seite der Bildungs- und Sozialhaushalt fortlaufend gekürzt wird und daß auf der anderen Seite zugegebenermaßen zunehmend Steuervergünstigungen und Investitionsspritzen für die Großkonzerne gegeben werden,daß der Rüstungshaushalt,der in erster Linie wieder den Großkonzernen zugute kommt, weiter erhöht wird,daß der Etat für Polizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungs'schutz' weiter aufgebläht wird.

PJ Absolventen bei der rektalen Untersuchung zur Vorsorge des Prostata-Karzinoms.
(prakt. Unterricht)



Für uns folgt daraus ....

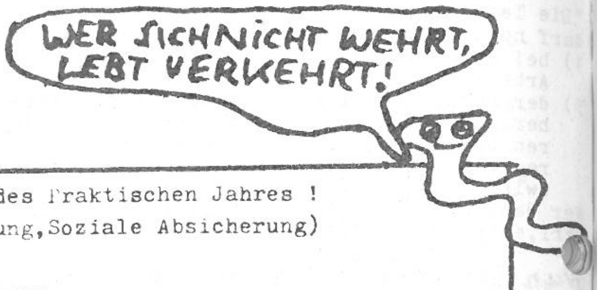
1) Wir können die Probleme im PJ nicht isoliert von der Misere im Gesamten Hochschul bereich und der sie weiter verschärfenden Hochschulformierung sehen.
2) Also müssen wir unsere Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag,nach materieller Absicherung und nach genügend Ausbildungsplätzen verknüfen mit unseren Forderungen zur demokratischen Studienreform (keine Überlastquoten,keine Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation,keine Studien'reform'im Interesse des Großkapitals - sondern Ausbau der Hochschule etc)
3) Wir müssen angeben wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen.Wir müssen das Argument "es ist kein Geld da" widerlegen,indem wir aufzeigen wie und in wessen Interesse das Geld verwendet wird.
Einen erheblichen Stellenwert hat die Aufstellung und Unterstützung von Forderungen zur bilateralen Abrüstung.Nicht zuletzt darum unterstützen die beiden Lübecker ASten den Aufruf "Stoppt das Wettrüsten".Darum sollten wir uns auch zahlreich an der Demonstration für Frieden Abrüstung und Zusammenarbeit am 21.Mai in Bremen beteiligen !



"PJ" - Streik:

Aktionsvorschläge

Nachdem nun die Medizinstudenten seit Jahren ihre Forderungen erhoben haben und die Verantwortlichen in Bund und Ländern die sich verstärkenden Proteste schlichtweg überhört haben, sich jedenfalls in keiner Weise bereit gezeigt haben, unsere Forderungen zu erfüllen, wird seit Okt '76 ein bundesweiter Streik erwogen.
Diesen hat auch die letzte VV an der MHL befürwortet.
Die Medizinstudenten werden (außer in S.H. und Bayern - wegen des späten Semesterbeginns) am 2.Mai in den Streik treten.
Die Urabstimmungen in Bayern und Schleswig Holstein, so auch in Lübeck, werden vom 9. bis 13. Mai stattfinden, der Streik -bei erfolgreicher Urabstimmung- am 16.Mai beginnen. Bei diesem Streik werden die bundesdeutschen Medizinstudenten ihre gemeinsame Kampfkraft für die Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen.



Ziel des Streiks ist es, folgende Forderungen durchzusetzen:

- Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Absolventen des Praktischen Jahres !
  (Recht auf Unterricht, Haftpflichtversicherung, Soziale Absicherung)
- Existenzsicherung durch z.Zt 700.-
- Einrichtung von Polikliniken an den Lehrkrankenhäusern
- Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung am Lehrkrankenhaus einschließlich Streikrecht
- Einbeziehung des Krankenhauses Süd -einschließlich der Chirurgie- ins PJ (Nur so können wir eine genügende Zahl von Ausbildungsplätzen sicherstelllen)
- Übernahme des Curriculums durch die Organe der Hochschule (Nur so können wir unserer Recht auf eine sinnvolle Ausbildung absichern)
- Streichung der §§ 47 bzw 7 aus den Entwürfen der Verfassung bzw Studienordnung der MHL (Wir können und dürfen eine weitere Verschärfung und Dequalifikation unseres Studium nicht zulassen - erst recht nicht absichern lassen!)
- Keine Verankerung des Ordnungsrechts an der MHL - Streichung des §14,2 der Verfassung der MHL (Wir können nicht zulassen, daß mit der Verankerung des grundgesetzwidrigen Ordnungsrechts in der Verfassung der MHL weitere Mittel geschaffen werden, um kritische Kommilitonen zu disziplinieren, Streiks zu verbieten etc..)

Wie diesen Streik durchführen?

Nicht nur die Erfahrungen aus Lübeck, sondern die der gesamten Studentenbewegung haben gezeigt, daß es nicht ausreicht, einen Streik zu beschliessen, um diesen dann zu einem Kurzurlaub zu nutzen.
Abgesehen davon, daß ein solcher, passiver Streik nicht die in der Öffentlichkeit notwendige Resonanz findet (die wollen ja nur blaumachen....) ist es notwendig, daß wir mit einer a k t i v e n Durchführung dieses Streiks, d.h. die aktive Beteiligung a l l e r Kommilitonen, die Diskussion um unsere Situation und um Inhalte, die uns unser Studium nicht bietet, zu vertiefen.
Der AStA hat deshalb in Zusammenarbeit mit der PJ-AG folgende Vorschläge erarbeitet, die natürlich in der weiteren Diskussion konkretisiert und ergänzt werden müssen :
Grundsätzlich schlagen wir vor, den Streik und die Durchsetzung unserer Forderungen durch drei Arten von Maßnahmen abzusichern:

- Öffentlichkeitsarbeit (evtl landesweite Demonstration der S.H.-Medizinstudenten)
- Arbeit zu bestimmten Themen in Arbeitsgruppen. (Dies bietet zugleich die Möglichkeit zu demonstrieren, wie w i r uns die Organisation unseres Studiums vorstellen: Nicht nur sitzen und widerkäuen, sondern selbst kreativ werden !!!!)
- Gemeinsame, zentrale Veranstaltungen, z.T. gemeinsam mit den FH-Studenten, die möglicherweise sich ab 16.Mai an einem bundesweiten FH-Streik beteiligen werden.

Hier sollen Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen gegeben werden, evtl Referenten eingeladen werden.
Als Themen schlagen wir vor: Praktisches Jahr, Berufsperspektive, Gesundheitswesen, Kurskritik Formierung im Bildungsbereich, Frau und Gesellschaft, Arbeitsmedizin ...)

Diese Vorschläge sind weder ausgegoren noch festgeschrieben. D.h. a l l e Kommilitonen sind aufgefordert, diese Vorschläge zu diskutieren und ggf Änderungs- bzw Ergänzungsvorschläge zu machen. Die Realisierung dieser Vorschläge hängt in erster Linie von der aktiven Beteiligung vieler Kommilitonen an Vorbereitung und Durchführung des Streiks ab.
Als 'Leckerbissen schlagen wir eine Streikfete gemeinsam mit der FH vor, evtl mit Degenhardt.

Ein erstes Diskussionsforum wird die erste VV Voraussichtlich am 9.5. sein.

Darum : Beteiligt Euch an der Urabstimm



☒ Ja zum Streik

Beteiligt Euch an der Vorbereitu und Durchführung des Streiks

"Warnung vor dem Bunde"

Es hat einige Verwirrung gestiftet, daß zur Absicherung unserer Ausbildung zwei Tarifvertragsentwürfe vorliegen. (Welchen wollen wir denn nun? Und warum kam es zu zwei verschiedenen? Welcher ist besser?)

Schon mit diesem Schritt, dem Entwurf eines zweiten Tarifvertrags, nahm der Marburger Bund (im folgenden abgekürzt mb) eine schädliche Funktion für unsere Interessen wahr: Die der Desorientierung !

Was ist überhaupt der mb?

Nach seiner Selbstdarstellung ist der mb "die einzige tariffähige Gewerkschaft der angestellten Ärzte". Schon dieser Satz ist unwahr, denn er leugnet die Existenz des- schon länger als die Tariffähigkeit des mb bestehenden- Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV (BGÄ), der schon sehr lange im Einklang mit den übrigen Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst erfolgreich die Interessen der angestellten Ärzte vertritt.

Wieso, muß man sich da fragen, meint der mb, daß eine gesonderte Interessenvertretung für Ärzte nötig sei? Haben diese, wenn es um Lohnfragen geht, etwa andere, gegensätzliche Interessen zu den übrigen Beschäftigten? Oder ist es nicht für einengewerkschaftlichen Kampf besser, im Rahmen der Einheitsgewerkschaft, mit ÖTV und DGB, die Unterstützung aller Lohnabhängigen im Rücken zu haben?

Was fordert der mb?

Das Modell ist einfach: Die PJ-ler seien,so der mb, quasi "halbe Ärzte"; die Hälfte der üblichen Arbeitszeit habe dem theoretischen Unterricht zu gelten, dementsprechend habe die Entlohnung auch die Hälfte eines Assistenzarztgehaltes zu betragen.
In diesem Sinne regelt der Tarifvertragsentwurfdes mb auch die Bezahlung von Überstunden, von Wochenend- und Bereitschaftsdiensten.
Das Konzept des mb läßt also zu - nein provoziert sogar- daß die PJ-Absolventen zu zweit auf die Planstelle eines Arztes gesetzt werden!
So verlockend die 1200-DM-Forderung manchem Medizinstudenten erscheinen mag, die große Mehrheit wird nicht auf diesen Köder hereinfallen, denn

- sie isoliert uns rechtlich und materiell von den anderen Auszubildenden am Krankenhaus, ist somit ständisch und verhindert die so wichtige Einheit aller Auszubildenden
- sie ist nicht durchsetzbar und steht in keinem Verhältnis zu unseren Leistungen.

Die Ausbildungsinhalte scheinen dem mb durch die AO schon ausreichend gesichert zu sein- denn nirgendwo findet sich die Forderung, festgelegte Ausbildungsinhalte zum Vertragsbestandteil zu machen. Wie wichtig aber eine solche Festlegung ist, wissen wir aus unserer täglichen Praxis.

Und wie ist es mit dem Versicherungsschutz? Ganz einfach- dies ist im Vertragsentwurf des mb überhaupt nicht erwähnt!

Was ist mit der Interessenvertretung im Konfliktfall? für den mb bleiben wir im PJ Studenten, das bedeutet u.a., daß wir kein Anrecht auf Personalvertretung haben sollen; daß also der Arm eines AStA hunderte von km Entfernung überbrücken soll,daß die Koordination mit den übrigen Beschäftigten schwieriger ist und ein Ausspielen von PJ-lern und Beschäftigten gegeneinander einfacher!

Was sagt der mb zur gewerkschaftlichen und politischen Betätigung am Krankenhaus?
Im Tarifvertrag - nichts!
In einer schon etwas älteren öffentlichen Stellungnahme hat der mb in ein Horn mit der Politische und gewerkschaftliche Betätigung schade nur der Patientenversorgung und werde deshalb abgelehnt.
Abgesehen davon, daß eine solche Aussage gegenüber dem Krankenhausträger die irrationale Angst vor rote-Fahne-schwingenden PJ-lern am Krankenbett aufrechterhält, ist sie deswegen schädlichen, weil sie verkannt,

a. warum wir gewerkschaftliche Interessenvertretung fordern
b. warum die politische Betätigung notwendige Ergänzung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ist.

Es ist doch einleuchtend, daß das Sich-Einsetzen für mehr als nur höhere Löhne und Gehälter,z.B. für bessere Arbeitsbedingungen, für höhere Personalschlüssel, für eine bessere Schwangeren-, Kranken- und Rentenversorgung besser organisiert als individuell geschieht, d.h. in den Gewerkschaften.



Auch im Kampf um die Verbesserung unserer Situation im PJ stoßen wir ja auch auf diese politischen Dimensionen: Wenn die Landesregierungen behaupten, dafür sei kein Geld da, ist es unabdingbar nachzuweisen, wo das Geld steckt, in wessen Interesse es ausgegeben wird- nämlich nicht im Interesse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung, sondern in dem des Großkapitals-, warum es im Gesundheitsinteresse der gesamten Bevölkerung liegt, es locker zu machen.

Es dürfte nun klar sein: Unser Tarifvertrag ist der der VDS und ÖTV. Dem mb haben beim Verfassen des Vertragsentwurfes offensichtlich diejenigen herrschenden Kräfte die Feder geführt, denen an der Aufhebung des jetzigen Zustandes nichts gelegen ist (den selbst die Bezahlung eines halben Ärztegehaltes zahlt sich ja durch besetzte Planstellen und geleistete Arbeit voll aus).

Wie eng der mb mit jenen liiert ist, deren Hauptinteresse privater Profit und nicht eine gute Gesundheitsversorgung und Medizinerausbildung ist, zeigt der Weg, den der mb zur Durchsetzung seiner Vorschläge beschreitet:

Außerparlamentarische, kämpferische Aktionen stehen außer Diskussion. Der mb verhandelt- ohne öffentlichen Druck.

Da dies (sicherlich!) länger dauern dürfte, bietet der mb großzügig an, den jetzigen PJ-Absolventen ein Darlehen bei der "Deutschen Apotheker- und Ärztebank" zu vermitteln. (Verzinslich zu 3%). Eine vernünftige Überbrückungsmaßnahme für sozial Bedürftige (mit dem "leichten" Nebeneffekt, daß diese dann ihr Berufsleben mit einem Schuldenberg antreten...)? Mehr als das - auch eine gute Profitquelle für die genannte Bank. Denn: Wer ein solches Darlehen in Anspruch nimmt, ist gleichzeitig verpflichtet, 1ooo DM mehr aufzunehmen und als Einlage ("zur Sicherheit") bei der Bank zu belassen- für mindestens 8 Jahre; verzinslich selbstverständlich! (Übrigens: Darlehen bei der Sparkasse sind billiger!)

Unsere Interessen gehören also nicht in die Hände des Marburger Bundes.
Was wir erstreben, werden wir mit der ÖTV, Mit der VDS und durch unsere eigene Kraft erreichen!

Heißer Tip für TK-versicherte Absolventen

Das Angebot

Als TK-Mitglied zahlen Sie auch nach dem letzten Semester nur den Studentenbeitrag* – maximal 6 Monate lang.
Voraussetzung ist, daß Sie in dieser Zeit noch nicht berufstätig sind.

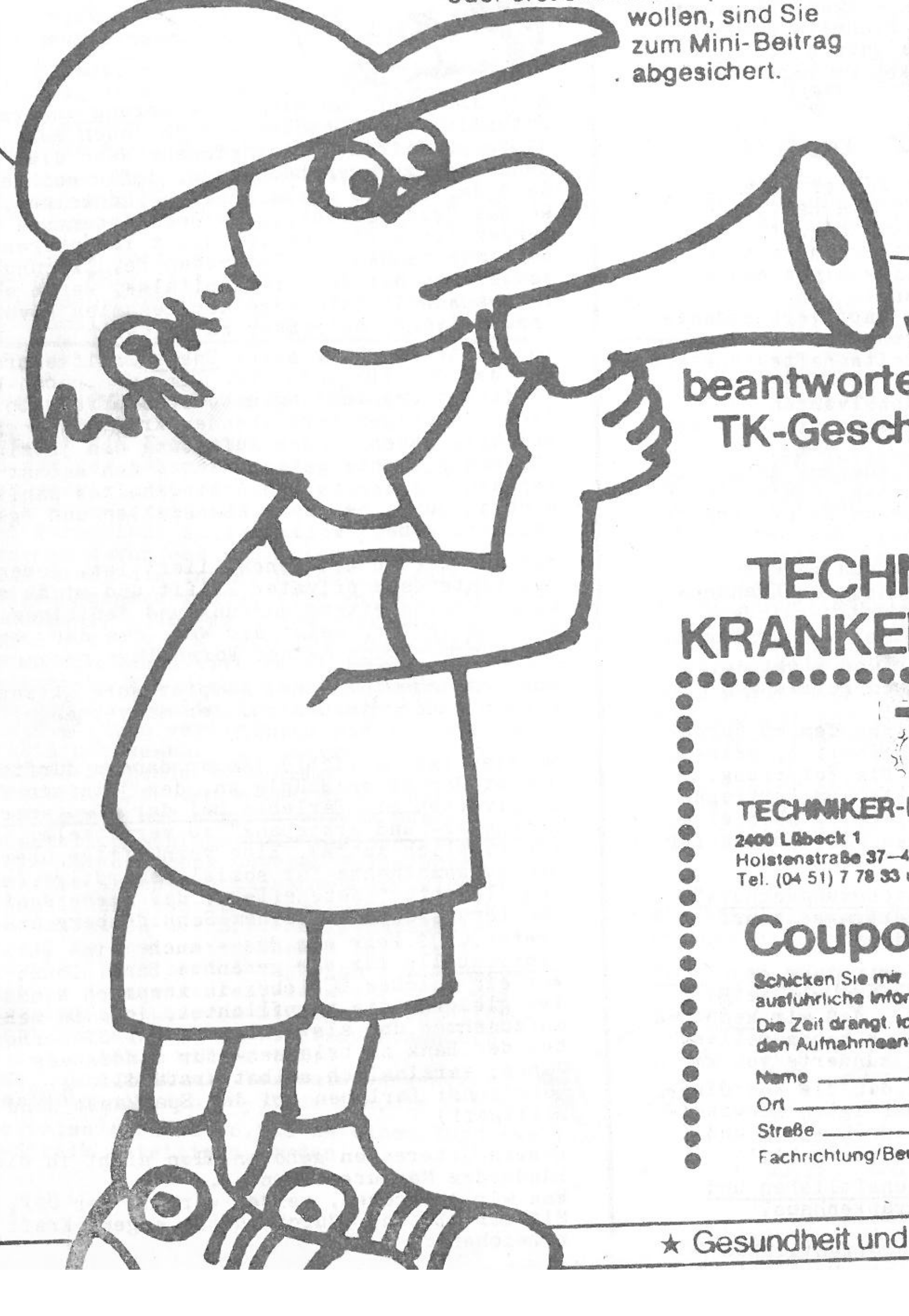
* z. Z. 25 DM monatlich

Der eine Vorteil

Wenn Sie Ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben und nicht gleich Ihren Traumjob finden oder erst einmal ausspannen wollen, sind Sie zum Mini-Beitrag abgesichert.

Der andere Vorteil

Auch als Angestellter zahlen Sie bei der TK einen vergleichsweise günstigen Beitrag.
Versicherungspflichtige: 10,2 % des Bruttoentgelts.
Nichtversicherungspflichtige: mtl. 260 DM bzw. 273 DM bei Mitversicherung von Angehörigen.
Vergleichen Sie einmal selbst!



Weitere Fragen beantwortet Ihnen jede TK-Geschäftsstelle

TECHNIKER-KRANKENKASSE

TK

TECHNIKER-KRANKENKASSE
2400 Lübeck 1
Holstenstraße 37–41
Tel. (04 51) 7 78 33 u. 7 85 37
7 78 33

Coupon

Schicken Sie mir ausführliche Informationen ______ ○

Die Zeit drängt. Ich möchte gleich den Aufnahmeantrag ______ ○

Name ______
Ort ______
Straße ______
Fachrichtung/Beruf ______

★ Gesundheit und ein langes Leben ★

K W 30.4/02 – 02/77